

Die Fragen stellte Lena Burth, Jura- und Politikstudentin aus Göttingen.

Lena Burth:

Frau Bundeskanzlerin, nächste Woche empfangen Sie die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet. Inwieweit sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Chile heute noch belastet – etwa durch die Flucht von NS-Verbrechern nach Chile oder die Militärdiktatur Pinochets?

Bundeskanzlerin Merkel:

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Chile sind sehr gut. Deshalb freue ich mich auch auf den Besuch der Präsidentin. Sie hatte mich bereits im Jahre 2006 besucht, und ich war 2013 – als sie noch nicht wieder Präsidentin war – auch in Chile und freue mich jetzt auf den neuen Besuch von Michelle Bachelet. Sie hat selber die Zeit der Diktatur in Chile auf das Schrecklichste erlebt und musste ins Exil. Sie hat damals in der damaligen DDR auch studiert, und deshalb kennt sie Deutschland auch recht gut. Und das ist auch eine sehr gute Voraussetzung dafür, dass wir in die Zukunft schauen, gut miteinander zusammenarbeiten. Und eine deutsche Minderheit in Chile ist natürlich auch immer wieder ein Verbindungspunkt mit dem Land, obwohl es geografisch ja doch sehr weit entfernt liegt.

Die traditionsreichen deutschen Schulen in Chile genießen ein hohes Ansehen; etwa 22.500 Schüler lernen Deutsch als Fremdsprache in Chile. Wollen Sie den Bildungsaustausch mit Chile weiter fördern – auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel in Deutschland?

Ja, wir wollen diesen Bildungsaustausch weiter fördern. Wir freuen uns, dass wir 27 Schulen in Chile haben, die Deutsch als Fremdsprache anbieten. Das ist etwas sehr Gutes, und das kann man gegebenenfalls noch ausbauen. Wir freuen uns, dass 820 Studenten aus Chile in Deutschland studieren. Und wir wollen nicht nur den Austausch im universitären Bereich stärken, sondern auch im Bereich der Berufsausbildung. Die duale Berufsausbildung ist ja etwas, was Deutschland doch auch international sehr viel Reputation eingebracht hat. Und deshalb freue ich mich, dass die Industrie- und Handelskammer Chemnitz mit der AHK Chile zusammenarbeitet und dort ein Projekt vorbereitet.

Chile hat eins der größten Kupfervorkommen der Welt und exportiert diesen Rohstoff auch nach Deutschland. Bei Ihrem letzten Besuch in Chile, letztes Jahr, wurde eine Absichtserklärung mit Chile unterzeichnet, um die Zusammenarbeit im Bereich des Bergbaus und des mineralischen Rohstoffs zu stärken. Was ist daraus inzwischen geworden?

Das war eine wichtige Abmachung, denn wir brauchen Rohstoffe in Deutschland. Und auf der anderen Seite hat Chile auch ein großes Interesse an einem nachhaltigen, umweltfreundlichen Abbau der Rohstoffe. Deshalb gibt es eine Vielzahl von Kooperationen in diesem Gebiet. Deutschland hat auch sehr gute Hochschulen im Bergbau-Bereich. Und es findet jetzt schon das dritte Forum im Bereich der Zusammenarbeit auf

dem Gebiet der Rohstoffe und der mineralischen Rohstoffe statt. Und deshalb glaube ich, sind wir hier auf einem guten Weg der Kooperation.

Chile sieht sich selbst als klimapolitischer Vorreiter und baut auch die erneuerbaren Energien aus – mit finanzieller und technologischer Hilfe aus Deutschland. Wie wichtig ist es für Sie, Chile auf internationaler Ebene als Verbündeten zu haben?

Es ist sehr erfreulich, dass Chile sich freiwillig verpflichtet hat, seine CO₂-Emissionen um 20 Prozent zu reduzieren. Chile hat eine wunderschöne Landschaft und weiß, was der Klimawandel dieser Landschaft an Schaden zufügen kann. Und deshalb hat Chile sehr früh reagiert. Wir wollen Chile beim Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützen. So gibt es eine Kooperation mit der Fraunhofer-Gesellschaft, und hier sind jetzt schon die ersten Solaranlagen in Betrieb gegangen. Ich werde mit der Präsidentin darüber sprechen, wie wir diese Kooperation noch fortsetzen können – und wie wir mit Chile auch zusammenarbeiten können, wenn es um die Vorbereitung der Klimakonferenz im nächsten Jahr in Paris geht. Die diesjährige Klimakonferenz findet in Peru statt, einem Nachbarland von Chile. Und es ist gut, dass lateinamerikanische Länder sich hier auch einbringen, um im nächsten Jahr einen Konsens zu finden.